

Noll, Werner

Article — Digitized Version

Zur Frage eines stabilisierenden Regelsystems

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Noll, Werner (1970) : Zur Frage eines stabilisierenden Regelsystems, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 8, pp. 481-485

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134156>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Frage eines stabilisierenden Regelsystems

Dr. Werner Noll, Göttingen

In dem Register des Sachverständigenutachtens vom Dezember 1969 findet sich erstmals das Stichwort „Regelmechanismen“. Im Text sind die angegebenen Ziffern mit „Neue Wege der Konjunkturpolitik“ überschrieben. Nach Ansicht des Rates sollte überlegt werden, ob nicht anstelle diskretionärer Staatseingriffe ein System von Regelmechanismen eingeführt werden sollte, um zu einer wirksamen Konjunktursteuerung zu gelangen. Dazu schlägt er folgende Mechanismen vor:

- Flexibilität der Wechselkurse in Form einer völlig freien Wechselkursbildung von Tag zu Tag bzw. nach Art des sogenannten crawling peg;
- Lohnbildungsregeln im Sinne der kostenneutralem Lohnbildung, wie sie in den Gutachten des Rates schon seit Jahren diskutiert werden;
- Regeln für eine konjunkturneutrale Finanzpolitik, um die Stetigkeit des wirtschaftlichen Wachstums nicht zu gefährden;
- Regeln für eine am Wachstum des Produktionspotentials und den Kassengewohnheiten der Wirtschaftssubjekte orientierte Geldmengenpolitik.

Die Vorschläge des Rates reichen also von einer Vollautomatik über ein Index- oder beschlußgebundenes „Handeln“ bis hin zu Verhaltensregeln, die freiwillig übernommen werden müßten. Durch die gleichzeitige Einführung dieser unterschiedlichen Regelmechanismen soll – so die These des Rates – garantiert werden, daß Rigiditäten und Reaktionsverzögerungen im Entscheidungsprozeß vermieden werden und Wirkungsverzögerungen – wie in der Konjunkturpolitik bisher üblich – möglichst erst gar nicht auftreten.

Als erstes fordert der Rat eine außenwirtschaftliche Absicherung. „In einer international so stark verflochtenen Wirtschaft wie der deutschen wird eine antizyklische Geldpolitik bei freiem

Handel und Kapitalverkehr auf die Dauer nur wirksam sein, wenn sie von einer hinreichenden Beweglichkeit des Wechselkurses flankiert wird¹⁾.“ Auf die bundesdeutsche Situation bezogen heißt das: Die Freigabe der Wechselkurse verhindert die importierte Inflation und macht die Geldpolitik für die Konjunkturpolitik effizienter. Die Überlegungen, die hinter dieser These stehen, werden am deutlichsten in dem Zusatzgutachten von Lutz und Sohmen ausgeführt, das vom Rat an der genannten Stelle ausdrücklich zitiert wird.

Außenwirtschaftliche Absicherung . . .

Lutz und Sohmen gehen von folgenden Annahmen aus: Erstens sei das Zinsniveau in der BRD und im Ausland gleich, z. B. 6 %. Zweitens sichere dieses Zinsniveau im Inland Preisstabilität, führe jedoch im Ausland zu einer jährlichen Steigerung des Preisniveaus um 2 %. Eine Aufwertung von 2 % p. a. wäre dann die Folge. Da es per Saldo bei flexiblen Wechselkursen ohne Interventionen ex definitione keine Devisenzuflüsse oder -abflüsse gäbe, verändere sich die Geldmenge nicht aufgrund außenwirtschaftlicher Vorgänge. Es fände also keine aufgezwungene Geldmengenvermehrung statt und damit gäbe es aus quantitätstheoretischer Sicht auch keine importierte Inflation.

Auch die Frage, ob es dennoch über die Preise der Einfuhrgüter direkt zu einer Inflation kom-

¹⁾ Jahresgutachten (JG) 1969, Ziffer 268.

Dr. rer. pol. Werner Noll, 38, Priv.-Doz., ist Universitätsdozent am Volkswirtschaftlichen Seminar der Universität Göttingen. Seine Arbeitsgebiete sind Wirtschaftstheorie und quantitative Wirtschaftspolitik mit Schwerpunkten in der Konjunktur- und Finanzpolitik.

men könne, wird verneint. Denn der inländische Wechselkurs steige im gleichen Ausmaß wie das ausländische Preisniveau. Folglich blieben die Preisrelationen zwischen in- und ausländischen Märkten unverändert. Exporteure erhielten und Importeure bezahlten den gleichen DM-Preis wie zuvor. Die ausländischen Vorleistungen für die inländische Produktion würden nicht teurer, so daß auch von der Kostenseite her keine inflationären Tendenzen im Inland zu erwarten seien. Lutz und Sohmen beziehen dann die internationalen Kapitalbewegungen bei freier Wechselkursbildung in ihre Überlegungen ein. Da ausländisches Kapital außer dem Marktzins von 6% zusätzlich einen Aufwertungsgewinn von 2% erzielt, ist eine Anlage im Inland für Ausländer jetzt vorteilhafter. Der einsetzende Kapitalimport verstärkt die Aufwertung der inländischen Währung. Durch diese entsteht ein Defizit in der Leistungsbilanz. Das Defizit übt eine kontraktive Wirkung auf das inländische Volkseinkommen und Beschäftigung aus.

Der Kapitalimport ist also von Übel. Er könnte allerdings verhindert werden, wenn im vorliegenden Fall das Zinsniveau im Inland auf nur 4% abgesenkt würde. Wenn jedoch das binnenländische Zinsniveau der Ausgangslage gerade als das angesehen wurde, das Preisstabilität sichert, so verbietet sich diese Möglichkeit von selbst. Lutz und Sohmen schlagen deshalb ein inländisches Zinsniveau zwischen 4 und 6% vor, bei dem gerade die deflatorische Wirkung des Leistungsbilanzdefizits durch die inflatorische Wirkung einer infolge sinkenden Zinssatzes gestiegenen Inlandsnachfrage kompensiert wird.

... mit Lücken

Alles scheint also in bester Ordnung zu sein. Nur muß das Inland nun statt ständiger Devisenzuflüsse mit Exportüberschüssen – wie bisher – dauernd Leistungsbilanzdefizite und zusätzliche Auslandsverschuldungen hinnehmen. Ob das Ausland mit diesem Zustand zufriedener ist oder ob das Inland selbst daran interessiert ist, bleibt natürlich offen. In der Literatur ist zudem die Annahme der Sachverständigen sowie von Lutz und Sohmen, daß eine Aufwertung der Binnenwährung zwangsläufig im Ausmaß der Inflation im Ausland erfolgt, keinesfalls unbestritten. So weist z. B. Bent Hansen²⁾ anhand eines Modells unter Einbau möglicher Veränderungen der Preisstruktur während des Inflationsprozesses im Ausland nach, daß auch flexible Wechselkurse die Möglichkeit von importierter Inflation nicht unbedingt ausschließen.

²⁾ Bent Hansen: Inflation Problems in Small Countries, Kairo 1960. Zu denken wäre ferner an den Laursen-Metzler-Effekt und die übergangene Bedeutung von „inside“ und „outside money“.

Wird also der vom Rat anvisierte Zweck durch die Einführung flexibler Wechselkurse erreicht? Zunächst: Es wird ein klassischer Regler, ein Preis, eingeführt, nämlich der Wechselkurs. Er wirkt vollautomatisch und schließt jede Einwirkung von außen durch Geldmengenveränderung aus. Politische Rücksichtnahmen und wahltaktische Überlegungen, Rigiditäten also, bleiben ohne jeden Einfluß auf diesen Automatismus und können auch nicht zum Nachteil betrieben oder unterlassen werden. Ob damit aber auch eine importierte Inflation völlig ausgeschlossen bleibt, erscheint nicht absolut sicher.

Der Zins dagegen wirkt nicht automatisch wie der Wechselkurs und regelt nicht als Preis, sondern übernimmt im Zuge der außenwirtschaftlichen Absicherung eine dienende Aufgabe. Dazu bedarf er der Feineinstellung, um gewünschte Effekte einzuleiten und unerwünschte fernzuhalten. Als Mittel der Wirtschaftspolitik ist der Zins im Konzept von Lutz und Sohmen gebunden und kann daher nicht mehr zur Erreichung anderweitiger Ziele eingesetzt werden.

Kostenniveauneutrale Lohnpolitik

Als zweiten Bestandteil im Gesamtsystem fordern die Sachverständigen: „Die Gewerkschaften müßten eine Lohnpolitik betreiben, die mit der Konstanz des Kostenniveaus vereinbar ist³⁾.“ Wie die Regel für die Lohnbildung nach der Vorstellung des Rats auszusehen hat, soll am einfachsten Fall – ohne Außenhandel und Staat – formelmäßig dargestellt werden, ohne daß damit das Für und Wider neu belebt werden soll⁴⁾.

Die volkswirtschaftlichen Kosten bestehen aus Lohn- und Kapitalkosten. Die Lohnkosten sind das Produkt aus effektivem Nominallohniveau (l) und Anzahl der Arbeitsstunden (A). Die Kapitalkosten setzen sich aus dem Produkt von Kapitaleinsatz (K) und der Summe von Sollzinssatz (r) und Abschreibungssatz (d) zusammen.

$$(1) \quad A \cdot l + K (r + d) = Z$$

Um den Aussagewert zu erhöhen, wird die rechte Seite mit dem Produkt aus Bruttoinlandsprodukt (x) und Angebotspreisniveau (P_A) gleichgesetzt.

$$(2) \quad A \cdot l + K (r + d) = x \cdot P_A$$

Als Gleichgewichtsbedingung ist (2) wie folgt zu lesen: Das Angebotspreisniveau muß eine solche Höhe haben, daß die Unternehmer bei vorgegebenem Nominallohn eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals erhalten, die sie veran-

³⁾ JG 1969, Ziffer 269.

⁴⁾ Vgl. Erwin Scheele: Gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik, Verlag Stahleisen mbH, Düsseldorf 1969, und die dort angegebene Literatur.

laßt, eine solche Nachfrage nach Arbeitskräften zu entfalten, die gerade zur Vollbeschäftigung führt. Gewährleistet der Sollzinssatz (r) diese vorgeschriebene Mindestverzinsung, kann auch von einem „konjunkturneutralen“ Zinssatz gesprochen werden. Dahinter steckt die diskussionswürdige Verhaltensannahme, daß die Unternehmer sich der sogenannten Aufschlagskalkulation bedienen.

Wird Gleichung (2) durch das Bruttoinlandsprodukt dividiert und werden für die durchschnittliche Arbeitsproduktivität und den durchschnittlichen Kapitalkoeffizienten die Symbole λ und v eingeführt, so ergibt sich:

$$(2a) \quad P_A = \frac{1}{\lambda} + (r + d) v$$

In dieser Gleichung können alle Größen als Funktionen der Zeit angesehen werden⁵⁾. Unter Hinzufügung von $t = 0$ erhält man:

$$(2b) \quad P_A(0) = \frac{1(0)}{\lambda(0)} + [r(0) + d(0)] v(0)$$

Voraussetzung für die Konstanz der Stückkosten und damit des Angebotspreisniveaus ist

$$(3) \quad P_A(0) = P_A(t),$$

d. h., das Angebotspreisniveau im Zeitpunkt 0 muß gleich dem im Zeitpunkt t sein. Unter dieser Voraussetzung folgt:

$$(4) \quad \frac{1(t)}{\lambda(t)} + [r(t) + d(t)] v(t) = \frac{1(0)}{\lambda(0)} + [r(0) + d(0)] v(0).$$

Soll eine Aussage über eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik gemacht werden, so muß $1(t)$ isoliert werden. Durch Umformung und Ergänzung beider Seiten mit -1 erhält man:

$$(4a) \quad \frac{1(t)}{1(0)} - 1 = \frac{\lambda(t)}{\lambda(0)} - 1 + \frac{1(0)}{\lambda(0)} [r(0) + d(0)] v(0) - [r(t) + d(t)] v(t)$$

In dieser Gleichung finden sich keine Beziehungen zwischen den einzelnen Größen. Deshalb lassen sich nur Konditionalaussagen formulieren, etwa die: Wenn die Kapitalkosten konstant bleiben, muß zur Aufrechterhaltung konstanter Stückkosten die Wachstumsrate des Lohnniveaus gleich der Wachstumsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität sein. Die Gleichung zeigt aber auch, daß die kostenniveauneutrale Lohnpolitik begrifflich umfassender ist als die produktivitätsorientierte Lohnpolitik. Denn wenn die durchschnittliche, vom Unternehmer für erforderlich gehaltene Mindestverzinsung stärker sinkt, als der Kapitalkoeffizient steigt, können Lohnerhöhungen über den allgemeinen Produktivitätsfortschritt hinaus-

⁵⁾ Wir sehen bewußt davon ab, ob die Funktionen differenzierbar sind. Dadurch gelten die Betrachtungen auch für unstetige Funktionen. Das dürfte besonders zweckmäßig sein, wenn man daran denkt, daß sich z. B. eine Änderung des Zinsniveaus in Sprüngen vollzieht.

gehen. Wer zu mehr als diesen oder ähnlichen Konditionalaussagen kommen will, muß aus der Gleichung letztlich ein ökonomisches Modell entwickeln.

Schwacher Regler

Um die Bedeutung dieser vom Rat vorgeschlagenen Lohnbildungsregel für den Konjunkturverlauf zu erkennen, muß man sich jedoch von der einseitigen Kostenbetrachtung lösen. Denn schließlich wird das laufende Preisniveau nicht nur vom Angebotspreisniveau, sondern auch entscheidend vom Nachfragepreisniveau, d. h. der monetären Gesamtnachfrage, bestimmt. Ist z. B. die monetäre Nachfrage größer als das monetäre Angebot bei Konstanz der Lohnkosten pro Stück, so steigt das laufende Preisniveau. Diese Entwicklung schlägt sich dann ausschließlich in einer Erhöhung der Effektiv- über die Mindestverzinsung nieder. Der Unternehmergewinn pro Stück steigt. Oder anders ausgedrückt: der Selbstfinanzierungsspielraum erweitert sich. Damit werden die Unternehmer im Zuge der Erhöhung des laufenden Preisniveaus zu noch größerem Investitionsvolumen angeregt. Der Schritt in den Boom ist eingeleitet. Nach der vorgeschlagenen Lohnbildungsregel müßte in dieser Situation das Lohnniveau so weit angehoben werden, daß die Größe r wieder auf die erforderliche Mindestverzinsung des eingesetzten Kapitals bei Vollbeschäftigung gedrückt wird, Übernormale Gewinne müssen also beseitigt werden. Zwar würde dadurch das Angebotspreisniveau erhöht. Das laufende Preisniveau würde davon aber unmittelbar nicht berührt. Natürlich besteht dabei die Gefahr, daß es nicht nur zu einer reinen Einkommensumverteilung kommt. Ihr müßte zusätzlich mit anderen Mitteln begegnet werden. Kostenniveauneutrale Lohnpolitik nach Formel kann somit nur eine der Voraussetzungen für die Verhinderung von gewinninduzierten Investitionen sein, die höher sind als für ein stetiges Wachstum erforderlich.

Ferner kann ein Zielkonflikt mit der gewollten Wachstumsrate wegen unterschiedlicher Sparneigungen von Gewinn- und Lohnbeziehern auftreten. Auf diese kritischen Punkte soll hier nicht näher eingegangen werden.

Abschließend soll festgehalten werden, daß eine Lohnpolitik der Kostenniveauneutralität bei Aufrechterhaltung der Tarifautonomie der denkbar schwächste Regler ist. Denn zwischen beiden, der Lohnpolitik und der Kostenniveauneutralität, gibt es weder einen Automatismus noch eine gesetzliche Bindung. Das Einhalten der Regel hängt einzig und allein von Einsicht, Ermessen, Erfahrung und dem gesamtwirtschaftlichen Verantwortungsbewußtsein der Tarifvertragsparteien ab.

Die beiden anderen Regelmechanismen betreffen „die Orientierung der Finanz- und Geldpolitik am mittelfristigen Wachstum des Produktionspotentials“⁶⁾. Da hier nicht der gesamte Fragenkomplex aufgegriffen werden kann⁷⁾, wollen wir uns auf kritische Überlegungen zur Orientierungsgröße Produktionspotential beschränken.

Konjunkturneutraler Haushalt

Das mittelfristige Wachstum des Produktionspotentials wird im Finanzplan, speziell in der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Zielprojektion ausgewiesen und ist das Ergebnis der Wechselbeziehungen zwischen mutmaßlicher Entwicklung des Leistungsvermögens und Umfang sowie Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und Deckungsmöglichkeiten — so § 9 StWG.

Das mittelfristige Wachstum des Produktionspotentials wird somit nicht einfach prognostiziert, sondern ist eine wachstumsstrategische Größe, eine Sollgröße — in der Welt von Harrod vergleichbar mit der befriedigenden Wachstumsrate. Wenn der mehrjährige Finanzplan zugrunde gelegt wird, der Konjunkturen nicht berücksichtigt, so ergibt sich als Verhaltensregel für die Finanzpolitik der konjunkturneutrale Haushalt. Welches Kriterium soll für Konjunkturneutralität gelten? Die Sachverständigen wenden sich gegen die traditionelle Betrachtungsweise, nach der ein öffentlicher Haushalt dann neutral ist, wenn der Finanzierungssaldo unverändert bleibt: „Da die laufenden Einnahmen im Konjunkturverlauf schwanken, kann der Finanzierungssaldo nur konstant bleiben, wenn auch die Ausgaben den Konjunkturschwankungen folgen. Es wäre offenbar widersinnig, solche Haushalte konjunkturneutral zu nennen. Die konjunkturrellen Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials würden dadurch verstärkt⁸⁾.“ Deshalb nimmt der Sachverständigenrat statt des Finanzierungssaldos das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential zum Bezug und sagt: „Konjunkturneutral nennen wir einen Staatshaushalt, der für sich allein den Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials im Laufe der Haushaltsperiode weder erhöht noch senkt⁹⁾.“

Mit dieser Formulierung wird stillschweigend eine Einengung des Betrachtungszeitraumes vollzogen. Die Haushaltsperiode hat die Länge eines Jahres,

⁶⁾ JG 1969, Ziffer 270.

⁷⁾ Eine erste kritische Stellungnahme zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts erfolgte in dieser Zeitschrift. Vgl. Peter O l i m a n n: Der konjunkturneutrale Haushalt. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 50. Jg. (1970) H. 4, S. 255 ff. Bezüglich der Geldpolitik liegt anscheinend das Konzept des amerikanischen Nationalökonomem Milton Friedman zugrunde.

⁸⁾ JG 1969, Ziffer 114.

⁹⁾ JG 1968, Ziffer 115.

die mittelfristigen Finanzpläne werden aber für fünf Jahre aufgestellt. Ob damit auch der Begriff „konjunkturneutral“ zwei unterschiedliche Inhalte bekommt, soll im folgenden untersucht werden.

Es sei angenommen, daß sich die Volkswirtschaft in der Ausgangslage, in der die Forderung nach Konjunkturneutralität aufgestellt wird, im Gleichgewicht befindet. In der Realität gab es so etwas allerdings noch nicht. Produktionspotential und gesamtwirtschaftliche Nachfrage wachsen mit der gleichen Rate, der befriedigenden Wachstumsrate, wobei der Staat einen konstanten Anteil am Produktionspotential durch gleich große Entzugs- und Absorptionseffekte für sich in Anspruch nimmt.

Klärung notwendig

In der so skizzierten Lage ist der Staatshaushalt sicher konjunkturneutral. Andererseits ist der Staat bestimmt nicht ein für allemal auf diesen konstanten Anteil festgelegt. Ändert sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung die Nachfragestruktur zugunsten einer stärkeren Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse, so muß der Staat die private Nachfrage entsprechend der zusätzlichen Beanspruchung des Produktionspotentials durch seine Einnahmengestaltung zurückdrängen. Der Rat behauptet nun, es sei gleichgültig, wodurch der Entzugseffekt ausgelöst wird, ob durch Steuererhöhungen oder eine stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes. Für ein strukturell gleichgewichtiges Wachstum ist es jedoch nicht völlig gleichgültig, wo das Schwergewicht des Entzugseffekts liegt, in der Konsumgüter- oder der Investitionsgüterindustrie. Unter diesem Gesichtspunkt müßte das Kriterium Finanzierungssaldo seine Berechtigung behalten.

Steigt die nichtstaatliche Nachfrage aus irgendwelchen Gründen stärker als mit der befriedigenden Rate, mit der das Produktionspotential zunächst weiter wächst, dann steigt das Preisniveau und die Unternehmer erzielen zusätzliche Gewinne. Die Folgen sind: zusätzliche Investitionen der Unternehmer, weitere Preissteigerungen, weil der Einkommenseffekt stärker als der Kapazitätseffekt ist und etwas später: das tatsächliche Produktionspotential ist größer als das befriedigende. Auf welches Produktionspotential soll sich der vom Sachverständigen-Rat geforderte konstante Auslastungsgrad nun beziehen?

Diese Frage wirft der Rat selbst nicht auf. Durch die Einengung der Betrachtungsperiode gibt es für ihn nur das tatsächliche, laufende Produktionspotential. Der Rat unterstellt damit, daß auf Höhe und Zusammensetzung des Produktions-

potentials innerhalb der kurzen Periode keinerlei Einflußnahme genommen werden kann. Er impliziert damit — bewußt oder unbewußt —, daß das tatsächliche Produktionspotential als ein gleichgewichtiges hingenommen und dementsprechend beansprucht werden muß. Hier scheint eine weitere wissenschaftliche Klärung — insbesondere bei einer ungleichgewichtigen Ausgangslage — doch sehr erforderlich, bevor ein solches indexgebundenes Verhalten für die Finanzpolitik übernommen werden kann.

Die gleiche Kritik trifft die geforderte Ausrichtung der Geldmengenvermehrung am Wachstum des Produktionspotentials. Zudem muß das Produktionspotential einer Bewertung unterworfen werden, damit dessen Höhe überhaupt festgestellt werden kann. Diese Bewertung kann nicht

ohne Berücksichtigung der monetären Nachfrage erfolgen. Diese jedoch ist wiederum abhängig von der Geldmenge. Damit ist die Geldmengenregulierung nicht mehr unabhängig von der jeweils vorhandenen Geldmenge. Folglich darf das Wachstumspotential nicht isoliert und als unabhängiger Maßstab gesehen werden.

Inwieweit ist also eine derartige Konjunkturpolitik neu und realisierbar? Neu im Sinne eines grundlegenden konjunkturpolitischen Stilwandels ist sie zweifellos, nicht hingegen als Idee — wie die Sachverständigen auch sicher nicht verstanden werden wollten. Die Gangbarkeit des neuen Weges erscheint dagegen diskussionswürdig, aber auch diskussionsbedürftig. Die Vorschläge sind deshalb noch kein Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen aktuellen Konjunkturprobleme.

Bescheidenes Wachstum in den USA

K

Prof. Robert G. Wertheimer, Cambridge/Mass.

Die Probleme der späten 60er Jahre, wie geringes Wirtschaftswachstum, Inflation und Haushaltssorgen, sind auch 1970 noch immer ungelöst. Das erste Halbjahr sah sich einer schlimmen Kombination von Inflation und Rezession vor dem Hintergrund eines zusammenbrechenden Aktienmarktes gegenüber. Die Geldpolitik brachte zwar die Expansion der Geldmenge bei rd. 200 Mrd. \$ zum Stehen. Nach Friedmans Ansicht wurde damit für 1970 ein „milde Rezession“ unvermeidlich. Die Inflation konnte dadurch jedoch nicht gestoppt werden. Auch ein ausgeglichener Bundeshaushalt und gekürzte Staatsausgaben im 1. Halbjahr 1970 waren nicht geeignet, die Inflation zu bremsen. Somit sind gegenwärtig Forderungen nach Lohn- und Preisrichtlinien oder sogar direkten Kontrollen der letzte Schrei. Die Kreditschraube hat

zudem nicht nur die Zinssätze auf den bisher höchsten Stand gebracht, sondern auch zu Kursstürzen wie zu Beginn der großen Krise von 1929 geführt. Als Nebenprodukt ist auch noch die Arbeitslosigkeit gestiegen.

Günstigere Aussichten

Wie ist nun die weitere Entwicklung für das zweite Halbjahr 1970 zu beurteilen? Abgesehen von der Inflation — einem weltweiten Problem — scheint die Lage wesentlich günstiger zu sein, als verschiedene Indikatoren andeuten. In erster Linie sind die wachsende Beschäftigung, Lohnsteigerungen (zum Ausgleich der Inflationsrate), aber auch der Anstieg verschiedener Posten bei den Staatsausgaben (öffentlicher Dienst soziale Sicherheit und Fürsorge usw.) zu nennen. Der Verbraucher hat heute mehr Mittel für den Konsum zur Verfügung als je zuvor. Da die Spartätigkeit nicht wesentlich zunimmt (gegenwärtig 6,3 % der verfügbaren Einkommen) und die Steuerlast durch das Auslaufen der zusätzlichen Einkommensteuer vergrößert wird, werden die Konsumausgaben auch weiterhin um 5 % oder mehr steigen. Die Anlageinvestitionen in Höhe von 82 Mrd. \$ bleiben eine Bastion wirtschaftlicher Stärke, selbst

Prof. Robert G. Wertheimer lehrt am Babson College for Management Education in Babson Park, Mass. Er beschäftigt sich mit Konjunkturfragen und gilt als besonderer Sachkenner der deutschen und amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse.